



CH-6061 Sarnen, Postfach, Staatskanzlei

Eidgenössisches Departement für auswärtige  
Angelegenheiten (EDA)  
Bundeshaus West  
3003 Bern

E-Mail an:  
vernehmlassung.paket-ch-eu@eda-admin.ch

Referenz/Aktenzeichen: OWSTK.5480  
Unser Zeichen: ue

Sarnen, 29. Oktober 2025

## **Paket „Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU“ – Stellungnahme**

Sehr geehrter Herr Bundesrat  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 13. Juni 2025 laden Sie die Kantone dazu ein, sich zum Paket „Stabilisierung und Weiterentwicklung der Beziehungen Schweiz-EU“ zu äussern. Für die Möglichkeit zur Stellungnahme danken wir Ihnen.

Stabile Beziehungen zur EU sind im Interesse des Kantons Obwalden. Mit Blick auf die einzelnen Bereiche im Paket gilt es, die jeweiligen Vor- und Nachteile abzuwägen und zu würdigen. Das Paket weist in verschiedenen Bereichen kritische Punkte auf, wie die dynamische Rechtsübernahme, und führt zu zusätzlichen finanziellen und personellen Mehraufwänden. Im Sinne einer Gesamtbetrachtung und vor allem unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf die Wirtschaft und die Bildung überwiegen für den Kanton Obwalden die Vorteile des Pakets. Somit stimmt der Kanton Obwalden dem vorliegenden Paket zu.

Im Hinblick auf die innerstaatliche Umsetzung der einzelnen Bereiche, die mit zusätzlichem Aufwand für die Kantone verbunden sind, erwartet der Regierungsrat, dass der Bund in einzelnen Bereichen entsprechende Ressourcen zur Verfügung stellen bzw. die zusätzlichen Kosten übernimmt. Eine Lastenverschiebung auf die Kantone – insbesondere mit dem Hinweis auf deren Zustimmung zu den Verträgen – ist zu vermeiden.

Bezüglich der einzelnen Bereiche wird auf das Antwortformular verwiesen.

Im Rahmen der demokratischen Prozesse zu einem derart umfassenden Paket sind die Stände aufgrund ihrer aktuellen wie auch künftigen Betroffenheit gebührend zu berücksichtigen. Die Abkommen haben für die Schweiz eine ausserordentliche Bedeutung, sowohl politisch als auch rechtlich. Das vorliegende Paket hat eine immense Auswirkung auf die bestehende und die künftige Gesetzgebung der Schweiz sowie den Vollzug durch die Kantone.

Der Kanton Obwalden beantragt deshalb, dass die Bundesversammlung die Bundesbeschlüsse – mindestens aber den „Bundesbeschluss über die Genehmigung und Umsetzung der Abkommen zwischen der Schweiz und der EU über die Stabilisierung der bilateralen Beziehungen“ (Stabilisierungsteil) – dem obligatorischen Staatsvertragsreferendum sui generis unterstellt. Dies stärkt im Übrigen auch die demokratische Legitimation der Abkommen.

Besten Dank für die Berücksichtigung der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats



Daniel Wyler  
Landammann



Nicole Frunz Wallimann  
Landschreiberin

Beilage:  
- Antwortformular